
2104/AB-BR/2005

Eingelangt am 01.04.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Gesundheit und Frauen

Anfragebeantwortung



Herrn
Präsidenten des Bundesrates
Mag. Georg PEHM
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0021-I/A/3/2005

Wien, am 31. März 2005

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 2291/J-BR/2005 der Bundesräte Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner** wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

Eine Untersuchung über ein Infektionsscreening in der Schwangerschaft zur Senkung der Frühgeburtlichkeit liegt bereits vor. Die Mutter-Kind-Pass-Kommission wurde mit den Ergebnissen der Studie bereits in der Sitzung am 12. Oktober 2004 befasst. Nach Meinung der Kommission ist die dabei festgestellte mögliche Senkung der Frühgeburtlichkeit durchaus von Interesse. Das Ergebnis muss aber durch weitere Studien bestätigt werden, ehe eine Aufnahme in das Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsprogramm in Erwägung gezogen werden kann. Die Kommission wird die weiteren Entwicklungen verfolgen.

Frage 4:

Die Mutter-Kind-Pass-Kommission des Obersten Sanitätsrats setzt sich auch mit der Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes auseinander. Der Arbeitskreis für Vorsorge- und Sozialmedizin, Bregenz, hat umfangreiche Vorschläge zur Erweiterung des Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsprogramms vorgelegt. Die Mutter-Kind-Pass-Kommission hält es für erforderlich, diese Vorschläge bei ihrer nächs-

ten Sitzung im Detail mit Vertreterinnen und Vertretern des Arbeitskreises zu diskutieren.

Frage 5:

Bislang liegt kein begründeter Vorschlag zur Einführung einer Ultraschalluntersuchung in der 26. bis 30. SSW vor; ein solcher ist auch in den Vorschlägen des Arbeitskreises für Vorsorge- und Sozialmedizin nicht enthalten.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Rauch-Kallat
Bundesministerin